Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR VORLAGE IM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES & GESUNDHEIT
UND IM PLANUNGS- & UMWELTAUSSCHUSS AM 14.12.2016**

Überschrift

Schaffung preiswerten Wohnraums

Beschlussvorschlag

Zur Schaffung zusätzlichen preiswerten Wohnraums erstellt die Stadt Braunschweig ein eigenes, kommunales Wohnraumförderprogramm. Dazu werden im städtischen Haushalt, zunächst auf drei Jahre befristet, 2 Millionen Euro pro Jahr kommunale Mittel bereitgestellt.

Falls an Braunschweig fließende Förderprogramme von Bund und Land die Grenze von 3 Millionen Euro pro Jahr überschreiten, werden die kommunalen Mittel entsprechend reduziert. Damit sollte bei entsprechender Bundes- und Landesförderung das Wohnbauförderprogramm für preiswerten Wohnraum in Braunschweig 5 Millionen Euro erreichen.

Begründung

Die Situation auf dem Wohnungsmarkt ist seit Jahren sehr angespannt. Insbesondere im Sektor preiswerten Wohnraums herrscht zunehmend Mangel. Dies gilt sowohl für Wohnungen, für die die Stadt Belegungs- und Benennungsrechte hat wie auch für Wohnungen mit Mietpreisen unterhalb von 6 €/m².

Im Bündnis für Wohnen ist lange diskutiert worden, welche Maßnahmen zur Schaffung zusätzlichen preiswerten Wohnraums führen können. Unter anderem bestand Einvernehmen unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern am Bündnis, dass ohne eine Förderung kaum preisgünstige Wohnungen geschaffen werden können.

Zurzeit ist noch nicht genau geklärt, welche Förderung von Bund und Land zu erwarten ist, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass diese Mittel nicht reichen werden, das ehrgeizige Ziel, bis 2020 zusätzlich ca. 1.300 neue preisgünstige Wohnungen zu bauen, zu erreichen. Deshalb muss ein städtisches Förderprogramm eingerichtet werden.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR VORLAGE IM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES & GESUNDHEIT
UND IM PLANUNGS- & UMWELTAUSSCHUSS AM 14.12.2016**

Überschrift

Ankauf von Wohnungsbindungsrechten

Beschlussvorschlag

Die notwendigen Mittel für den Ankauf von Bindungsrechten aus dem jetzigen Wohnungsbestand für mindestens 500 Wohneinheiten bis 2020 werden in den Haushaltsplan 2017 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2020 eingestellt.

Begründung

In der Stadt Braunschweig läuft die Bindung von ca. 1.300 Wohnungen bis zum Jahr 2023 aus. Die Bindungen betreffen Belegungs- und Benennungsrechte der Stadt sowie Mietpreisbindungen. Durch das im Ratsbeschluss anvisierte Ziel des Neubaus von 1.260 preiswerten Wohnungen kann dieser Verlust an gebundenen Wohnungen nicht einmal kompensiert werden. Da der Bedarf für solche Wohnungen jedoch eher steigen wird, erscheint es dringend erforderlich, alle Möglichkeiten, Bindungsrechte zu bekommen, zu nutzen. Eine dieser Möglichkeiten ist der Ankauf solcher Rechte von Wohnungseigentümern.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR VORLAGE IM BAUAUSSCHUSS AM 20.12.2016**

Überschrift
Beschleunigung der Gebäudesanierung

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, inwieweit die verstärkte Vergabe von Aufträgen an Generalunternehmen im Bereich der Gebäudesanierung zur schnelleren Erledigung der notwendigen Bauaufgaben führt. Die Verwaltung wird gebeten, in 2017 beispielhaft zwei große Sanierungsprojekte als GU-Projekte auszuschreiben.

Begründung
Die Sanierung der städtischen Gebäude in Braunschweig ist eine sehr große und umfangreiche Aufgabe. Das gilt insbesondere für die Schulgebäude. Viele Gebäude sind in einem Zustand, der für Schüler/innen und Lehrer/innen nicht mehr zumutbar ist. In etlichen Gebäuden drohen von den bestehenden Baumängeln sogar echte Gefahren (s. GS Comeniusstraße). Wenn die Sanierung der Gebäude nicht schneller abgewickelt wird als bisher, werden manche Gebäude in einigen Jahren gar nicht mehr mit einem vertretbaren Aufwand zu sanieren sein, sondern schlicht abgerissen und neu gebaut werden müssen. Deshalb muss die Stadt alles tun, um die Abwicklung der erforderlichen Baumaßnahmen zu beschleunigen. Eine Möglichkeit dazu kann die Vergabe an Generalunternehmer sein, die mit größerer Flexibilität, besseren Möglichkeiten zu Baukoordination und weniger bürokratischen Zwängen arbeiten können als die Bauverwaltung der Stadt. Angesichts der immer noch steigenden Haushaltsreste liegt das Problem offensichtlich nicht in der Bereitstellung von Finanzmitteln, sondern in den begrenzten Kapazitäten des Fachbereichs 65 Hochbau. Es ist davon auszugehen, dass der Fachbereich durch die Vergabe an Generalunternehmen gegenüber der derzeitigen Praxis der Vergabe mehrerer kleinerer Gewerke an Einzelunternehmen entlastet werden kann. Dies soll probeweise an zwei großen Sanierungsprojekten durchgeführt werden.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Org.-Einheit

**ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR VORLAGE IM BAUAUSSCHUSS AM 20.12.2016
UND IM FINANZ- & PERSONALAUSSCHUSS AM 02.02.2017**

- Stellenplan (für die Verwaltung)
 Stellenübersicht (für die Sonderrechnungen)

Überschrift

Beschleunigung der Gebäudesanierung

Beschlussvorschlag

Für den Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement sind im Stellenplan 2017 fünf zusätzliche Stellen für Ingenieure / Ingenieurinnen zur Bauplanung und –Ausführung aufzunehmen.

Begründung

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf Kapazitätsgrenzen im Bereich Hochbau hingewiesen, mit denen die zu langsame Ausführung von Hochbauaufgaben, insbesondere im Bereich der Schulsanierung begründet wurde. Die Verzögerungen bei der Durchführung der Gebäudesanierungen führen sowohl zu Kostensteigerungen wie auch zu verstärkten Schäden an Gebäuden. Der Zustand vieler Schulgebäude ist schon lange nicht mehr zumutbar und muss schneller als bisher verbessert werden. Dafür ist offensichtlich mehr Fachpersonal im Fachbereich 65 erforderlich. Als dafür geeignet erachten wir die Schaffung zusätzlicher Stellen für Ingenieure / Ingenieurinnen.

Bereits vor mehr als einem Jahr hat die Verwaltung erklärt, über eine Organisationsuntersuchung der Abläufe zu klären, welche organisatorischen Verbesserungen und welche Stellenausstattung notwendig sind, um zu einer schnelleren Umsetzung der vom Rat beschlossenen Baumaßnahmen zu kommen. Bisher ist diese Untersuchung nicht einmal in Auftrag gegeben worden und es ist auch nicht absehbar, wann dies geschieht, geschweige denn, wann ein Ergebnis vorliegen wird. Deshalb muss jetzt im Vorgriff auf ein mögliches Ergebnis bereits die Stellenausstattung verbessert werden.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR VORLAGE IM SCHLAUSSCHUSS AM 16.12.2016
UND IM BAUAUSSCHUSS AM 20.12.2016**

Überschrift

Instandsetzung von Gebäuden

(erledigt durch Ansatzveränderung der Verwaltung, daher mittlerweile zurückgezogen)

Beschlussvorschlag

Die im Haushaltsplan 2017 eingestellten Mittel für die Instandsetzung der Gebäude werden um 1 Mio. € erhöht. In der mittelfristigen Finanzplanung sind diese Summen auch für die Folgejahre vorzusehen.

Begründung

Der Zustand zahlreicher städtischer Gebäude ist unbefriedigend. Augenscheinlich ist es zurzeit vielfach nicht möglich, kleinere Reparaturen und Instandsetzungsmaßnahmen schnell durchzuführen. Das Unterlassen der notwendigen Instandsetzung führt jedoch unweigerlich zu weiterem Sanierungsbedarf an den Gebäuden, der wiederum mehr Kosten erzeugt als die kurzfristige Instandsetzung. Deshalb soll der Ansatz für diese Maßnahmen erhöht werden.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017.
ZUR BEHANDLUNG IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS AM 15. DEZEMBER 2016
UND IM SCHULAUSSCHUSS AM 16. DEZEMBER 2016

Überschrift

Einrichtung weiterer Ganztagsgrundschulen

Beschlussvorschlag

Der Ausbau der Schulkindbetreuung soll durch die Einrichtung weiterer Kooperativer Ganztagsgrundschulen (KoGS) weiter vorangetrieben werden.

Ab 2018 sollen im Haushaltsplan (Investitionsprogramm) ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um mindestens zwei weitere Ganztagsgrundschulen pro Jahr einzurichten.

Die baulichen Umsetzungen sollen prioritär erfolgen.

Begründung

Grundlage für diesen Antrag ist der einstimmige Ratsbeschluss zum Thema Schulkindbetreuung und Ganztagschule aus dem Jahr 2013.

Um einen bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsplätze für Schulkinder auf mindestens 60 % zeitnah zu erreichen, sind nach wie vor große Anstrengungen erforderlich. Derzeit stockt der Ausbau der Schulkindbetreuung, da die Einrichtung weiterer Kooperativer Ganztagsgrundschulen (KoGS) nur sehr schleppend vorangeht. In den letzten 5 Jahren ist trotz gegenteiliger Beschlüsse nur eine einzige KoGS eingerichtet worden. Die größte Hürde dabei sind die notwendigen baulichen Veränderungen.

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Modell „SchuKiPlus“ stellt hier keine Lösung da. Bei mehreren Gruppen an einer Schule sind hier genau wie an einer Ganztagsgrundschule zusätzliche Räume und eine Mensa nötig.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEHANDLUNG IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS AM 15. DEZEMBER 2016
UND IM SCHULAUSSCHUSS AM 16. DEZEMBER 2016

Überschrift
Grundschule Lamme / Umbauten zur Einrichtung des Ganztagsbetriebs

Beschlussvorschlag
Die Umbauten in der Grundschule Lamme zur Einrichtung des Ganztagsbetriebs sollen wie im Investitionsprogramm 2016 (Haushaltsplan 2016, Band II, S. 141) vorgesehen 2017 weiterverfolgt und 2018 fertiggestellt werden.

Begründung
<p>Im Investitionsprogramm des Haushaltsplans 2016 war vorgesehen, die Umbauten in der Grundschule Lamme zur Einrichtung des Ganztagsbetriebs im Jahr 2017 abzuschließen. Mit dem Haushaltsplan 2017 hat die Verwaltung vorgeschlagen, die Einrichtung des Ganztagsbetriebs an dieser Grundschule um zwei weitere Jahre – also auf 2019 - zu verschieben.</p> <p>Diese Verschiebung sollte so nicht erfolgen, stattdessen sollte die Maßnahme wieder um ein Jahr vorgezogen werden, so dass im Jahr 2018 der Ganztagsbetrieb in Lamme aufgenommen werden kann. Im Haushaltsplan 2017 und im Investitionsprogramm 2018 sind dafür insgesamt 1.403.500 € zu veranschlagen.</p>

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Fraktion
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEHANDLUNG IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS AM 15. DEZEMBER 2016
UND IM SCHULAUSSCHUSS AM 16. DEZEMBER 2016

Überschrift

Grundschule Lehdorf / Umbauten zur Einrichtung eines Ganztagsbetriebs

Beschlussvorschlag

Im Haushaltsplan 2017 (Investitionsprogramm) werden die notwendigen Mittel für die Umbauten zur Einrichtung eines Ganztagsbetriebs an der Grundschule Lehdorf bereitgestellt. Die Fertigstellung dieser Maßnahme soll bis zum Schuljahresbeginn 2019 erfolgen.

Begründung

Im Haushaltsplan 2017 (Investitionsprogramm) sind bislang keine Mittel für die Einrichtung eines Ganztagsbetriebs an der Grundschule Lehdorf eingestellt. Damit das Übergangsmodell „SchuKiPlus“ an dieser Grundschule nicht zur Dauerlösung wird, sollte deren bauliche Umwandlung zur Ganztagschule so schnell wie möglich durchgeführt werden.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Produkt

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEHANDLUNG IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS AM 15. DEZEMBER 2016
UND IM SCHULAUSSCHUSS AM 16. DEZEMBER 2016

Überschrift

Grundschule Edith Stein / Beschaffung und Aufstellung eines Betreuungspavillons

Beschlussvorschlag

Auf dem Gelände der Grundschule Edith Stein wird bis zum Schuljahr 2017 / 2018 ein Betreuungspavillon für die Schulkindbetreuung aufgestellt. Die Mittel für die Beschaffung dieses Betreuungspavillons werden in den Haushaltsplan 2017 (Investitionsprogramm) eingestellt.

Bis dahin erfolgt die Betreuung der ausgelagerten Schulkindbetreuungsgruppe weiterhin in den Räumen der Einrichtung „Till Eulenspiegel“.

Begründung

Auf dem Gelände der Edith Stein-Grundschule ist die Aufstellung eines Betreuungspavillons möglich. Es gibt hier keinen zwingenden Grund für die Einführung der Notlösung „SchuKiPlus“.

Es wäre hier vielleicht sogar möglich, durch „Nutzungstausch“ zwischen einem Fachunterrichtsraum und dem Raumpavillon beide Schulkindbetreuungsgruppen im gleichen Gebäude unterzubringen und damit Synergieeffekte zu erzielen.

Für die Beschaffung eines solchen Raumpavillons hat die Verwaltung (FB 65) Kosten in Höhe von ca. 240.000 € ermittelt (s. Stellungnahme der Stadt BS Nr. 16-02870-01).

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEHANDLUNG IM AUSSCHUSS FÜR SOZIALES & GESUNDHEIT AM 14. DEZEMBER 2016,
IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS AM 15. DEZEMBER 2016 SOWIE
IM AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND WISSENSCHAFT AM 16. DEZEMBER 2016**

Überschrift

Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich / Wiedereinsetzung der Dynamisierung

Beschlussvorschlag

1. Die 2014 beschlossene und 2016 ausgesetzte Dynamisierung der Zuschüsse für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich (Erhöhung zur Abdeckung der allgemeinen Kostensteigerungen im Personal- und Sachkostenbereich) wird 2017 wieder eingesetzt.
2. Zur Vereinfachung des Verfahrens werden die entsprechenden Zuschüsse im Jahr 2017 pauschal um 3 % erhöht.
3. Für die Folgejahre wird im Verlauf des Jahres 2017 gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und exemplarischen Vertretern ein neues Berechnungsverfahren erarbeitet, das von einer einheitlichen Pauschalierung für alle betroffenen Zuschussempfänger oder zumindest einzelne Fallgruppen ausgeht.

Begründung

Im Haushaltsjahr 2014 konnte die langjährige Diskussion um eine regelmäßige bedarfsgerechte Anpassung von Zuschüssen für institutionell geförderte Einrichtungen im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich endlich positiv beendet werden. Auf Beschluss des Rates erhielten die Freien Träger in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 durch die sogenannte Dynamisierung der Zuschüsse eine größere Planungssicherheit.

Im Haushaltsjahr 2016 wurde diese Errungenschaft vorübergehend ausgesetzt – zunächst nur für ein Jahr. Die Verwaltung hat nun vorgeschlagen, die Dynamisierung in den nächsten drei Haushaltsjahren weiter auszusetzen - 2017 und 2018 vollständig, 2019 in halber Höhe. Im Sinne der geförderten Einrichtungen, die zum Teil sogar kommunale Pflichtaufgaben im Auftrag der Stadt erfüllen, sollte diesem Verwaltungsvorschlag nicht gefolgt werden. Stattdessen sollte die Dynamisierung 2017 wieder vollständig eingesetzt und zusätzlich vereinfacht werden.

Das bisherige Verfahren mit Einzelfallberechnung für jeden Zuschussempfänger ist zu aufwendig und führt zu keiner größeren Gerechtigkeit als ein pauschaliertes Verfahren, da bei fast keinem Zuschussempfänger 100 % seines Gesamthaushaltes finanziert werden. Es ist deshalb sinnvoll, ein vereinfachtes Verfahren zu entwickeln, wobei immer noch die Werte der gemeinsamen Landeskommission als Basis zugrunde gelegt werden sollten.

Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017.
ZUR BEHANDLUNG IM JUGENDHILFEAUSSCHUSS AM 15. DEZEMBER 2016

Überschrift

Verwendung der Kita-Entgelte zur Qualitätsverbesserung

Beschlussvorschlag

Die Mehreinnahmen durch die Wiedereinführung der Kindertagesstätten-Entgelte zum August 2016 werden ausschließlich zur inhaltlichen Qualitätsverbesserung bei der Kinderbetreuung verwendet, also nicht für bauliche Maßnahmen wie Kita-Sanierungen, -Neubauten oder Erweiterungsbauten.

Bis zum 3. Quartal 2017 wird mit der AG 78 des Jugendhilfeausschusses ein Umsetzungsplan für die Verwendung etwaiger Überschüsse in 2017 und für die erwarteten Gelder in 2018 erarbeitet.

Begründung

Im Vorbericht des Haushaltsplan-Entwurfs (s. S. 131 / 132) ist zu lesen, dass die Verwaltung aufgrund der von der Politik beschlossenen Übergangsregelung für 2017 lediglich mit Mehreinnahmen von 0,93 Mio. € aus den wieder eingeführten Kita-Entgelten rechnet. Ein Drittel dieser Summe will die Verwaltung nun für „bauliche Qualitätsverbesserungen“ verwenden. Wir gehen davon aus, dass diese Aufteilung nach Auffassung der Verwaltung auch in den Folgejahren greifen soll.

In der kontroversen Debatte um die Kita-Entgelte wurde aber der Ratsbeschluss, die Mehreinnahmen aus den Kita-Entgelten ausschließlich für pädagogische Qualitätsverbesserungen zu verwenden, von allen Beteiligten als Verbesserung der inhaltlichen Betreuungsqualität verstanden. Dazu gehören ein verbesserter Betreuungsschlüssel, verbesserte Ausstattung und zusätzliche Räumlichkeiten. Dazu gehören nicht Sanierungen und An- oder Neubauten zur quantitativen Ausweitung von Betreuungsplätzen.

Wir fühlen uns diesem Ratsbeschluss verpflichtet. Dieser Verpflichtung wollen wir mit unserem Haushaltsantrag entsprechen und nachkommen.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR VORLAGE IM PLANUNGS- & UMWELTAUSSCHUSS AM 14.12.2016

Überschrift
Förderpreis Klimaschutz

Beschlussvorschlag
Für die Auszeichnung vorbildlicher Klimaschutzprojekte wird im Haushaltsplan 2017 eine Summe von 20.000 € bereitgestellt.

Begründung
Es gibt in Braunschweig einige Projekte, bei denen sich Bürgerinnen und Bürger in vorbildlicher Weise für den Klimaschutz engagiert haben. Bisher gibt es für derartige Projekte nur eine städtische Förderung, wenn regenerative Energie genutzt wird, nicht jedoch, wenn der bisherige Ausstoß von CO ² auf andere Weise vermindert wird. Um jedoch weitere Anreize zu setzen, den Klimaschutz auch in Braunschweig voranzutreiben und wirksame Schritte zur Senkung des CO ² -Ausstoßes zu belohnen, soll diese Auszeichnung öffentlichkeitswirksam vorgenommen werden. Es sollen sowohl investive wie auch nichtinvestive Maßnahmen ausgezeichnet werden können. Die zur Verfügung stehende Summe kann auf mehrere Projekte aufgeteilt werden. Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für ein Auswahlverfahren zu machen.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt / Kostenart	

**ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2017
ZUR BEHANDLUNG IM AUSSCHUSS FÜR KULTUR & WISSENSCHAFT AM 16. DEZEMBER 2016**

Teilhaushalt: FB 41 Kultur & Wissenschaft, Seite: 547 ff.

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.25.2610.09, Seite: 561

Produktbezeichnung: Kontinuitätsförderung Theater /
hier: Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ)

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 4.500 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite:

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile:

Produktnummer: _____, Seite:

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Mit dieser leichten Erhöhung soll dem Antrag auf Kontinuitätsförderung des Vereins „Spielraum TPZ. Theaterpädagogisches Zentrum für Braunschweig und die Region“ entsprochen werden.

In den Jahren 2014 bis 2016 bekam der Verein eine Konzeptionsförderung in Höhe von rund 15.000 € (2016 = 15.500 €), die aber mittlerweile u. a. wegen erhöhter Raumkosten nicht mehr auskömmlich ist.

Das Theaterpädagogische Zentrum (TPZ) ist eine höchst sinnvolle Einrichtung, die Projekte für benachteiligte Kinder und Jugendliche durchführt und damit einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung leistet.

Mit dem LOT-Theater e. V. verfügt das TPZ zudem über einen etablierten und professionellen Partner im Kulturbereich.

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2017
zur Behandlung im Ausschuss für Soziales & Gesundheit am 14. Dezember 2016

Teilhaushalt: FB 50 Soziales & Gesundheit, Seite: 595 ff.

Ertrag Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Transferaufwendungen, Zeile: 18

Produktnummer: 1.31.3517.10, Seite: 618

Produktbezeichnung: Förderung der freien Wohlfahrtspflege /
hier: Mütterzentrum / Mehrgenerationenhaus

Der Antrag gilt: einmalig dauerhaft für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -) + 13.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite:

Ertrag _____ Aufwand _____

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile:

Produktnummer: _____, Seite:

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -) _____ €

Begründung

Im Südwestlichen Ringgebiet / Sanierungsgebiet „Soziale Stadt“ ist das Mütterzentrum / Mehrgenerationenhaus eine unverzichtbare Institution. Gefördert wird diese Einrichtung einerseits durch den Fachbereich 51 Kinder, Jugend und Familie, andererseits durch den Fachbereich 50 Soziales und Gesundheit.

Der Zuschuss durch den Fachbereich 50 sollte u. E. von 90.000 auf 103.000 € angehoben werden, um dem vom Trägerverein angemeldeten erhöhten Zuschussbedarf zumindest teilweise zu entsprechen, insbesondere bezüglich der geringfügigen Stundenaufstockung für die Geschäftsführung und für die pädagogische Leitung.

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEANTWORTUNG IM SCHULAUSSCHUSS AM 16.12.2016
UND IM BAUAUSSCHUSS AM 20.12.2016**

Text:

1. Wie ist der Sachstand der „effizienten Schulsanierung“?
2. Kann die in der ersten „Welle der Sanierungswalze“ vorgesehene Sanierung der eingeschlossenen Schulen in 2017 abgeschlossen werden?
3. Welche Schulen sind in den nächsten Jahren prioritär vorgesehen?

Begründung:

Im August 2013 hat die Verwaltung in einer Mitteilung zum Thema Schulsanierung (DS Nr. 13 147/13) erklärt: „In der Neukonzeption der Schulsanierung ist geplant, umfassende Brandschutz- und sonstige Sanierungsmaßnahmen gebündelt mit Maßnahmen für Ganztagsbetriebe, die Anpassung von Fachräumen und Amok-Prävention durchzuführen.“

In der Anlage zur dieser Mitteilung gab es eine Liste von Schulen, die in der ersten „Welle“ der „Sanierungswalze“ im Zeitraum von 2014 bis 2017 abgearbeitet werden sollten. Ohne die Benennung konkreter Schulen gab es dann den Plan weiterer Wellen in den jeweils folgenden Jahren. Bis heute ist diese Liste nicht aktualisiert vorgelegt worden. Deshalb bitten wir um einen Sachstandsbericht.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEANTWORTUNG IM SCHULAUSSCHUSS AM 16.12.2016
UND IM BAUAUSSCHUSS AM 20.12.2016**

Text:

Wie sind die Verschiebungen der Finanzmittel im Investitionsprogramm für
a) den Erweiterungsbau an der Kastanienallee und
b) für die Sanierung der BBS V und der Technikakademie
zu erklären?

Begründung:

Im Investitionsprogramm 2016 bis 2020 werden die Mittel für den Erweiterungsbau der BBS V als Ersatz für die abgängigen Pavillons an der Böcklinstraße für 2017 um ca. 2 Mio. € abgesenkt und auf 2018 und 2019 verteilt. Als Erläuterung steht im IP die „Anpassung an den tatsächlichen Finanzbedarf“. Anscheinend verzögert sich die Maßnahme gegenüber der noch vor einem Jahr beabsichtigten Planung. Dafür gibt es Erläuterungsbedarf.

Zugleich werden die Mittel für die Sanierung der BBS V und der Technikakademie gegenüber dem Investitionsprogramm des Haushaltsplans 2016 um zwei Jahre nach hinten geschoben. Als Begründung wird die Vorrangigkeit des Erweiterungsbaus angegeben. Auch hier gibt es Erläuterungsbedarf, inwieweit es sich um eine rein finanzpolitische Entscheidung oder um technische Zwänge, die eine Gleichzeitigkeit von Erweiterungsbau und Sanierung ausschließen, handelt.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Antragsteller/in

wird von der Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEANTWORTUNG IM SCHLAUSSCHUSS AM 16.12.2016
UND IM BAUAUSSCHUSS AM 20.12.2016

Text:

Wie erklärt die Verwaltung die Verschiebung der Sanierung des Hauptgebäudes des Gymnasiums Martino Katharineum (2. Bauabschnitt) auf die Zeit nach 2020?

Begründung:

Im Investitionsprogramm 2016 bis 2020 ist der zweite Bauabschnitt der Sanierung des Hauptgebäudes des MK auf die Zeit nach 2020 verschoben worden. Tatsächlich weist das Gebäude jedoch nach wie vor dringenden Sanierungsbedarf auf, so dass die Verschiebung ohne Begründung nicht nachvollziehbar ist. Außerdem widerspricht die Verschiebung der Absicht der Bündelung aller erforderlichen Maßnahmen in einen Bauablauf.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)

Teilhaushalt / Org.-Einheit	
Produkt	

**ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2017
ZUR BEANTWORTUNG IM GRÜNFLÄCHENAUSSCHUSS AM 13.12.2016**

Text:

Trifft es zu, dass in Braunschweig Ersatzpflanzungen für abgängige Bäume nicht vollzogen werden, weil hierfür keine ausreichenden Haushaltsmittel zur Verfügung stehen?

An welcher Stelle ist so verfahren worden?

Falls ja, welcher Betrag ist erforderlich, um alle Nachpflanzungen sicherzustellen?

Begründung:

In verschiedenen Bezirksratssitzungen soll seitens der Verwaltung über notwendige Fällungen von Bäumen informiert worden sein. In dem Zusammenhang sei erklärt worden, dass Nachpflanzungen nicht erfolgten, weil die notwendigen Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, müssten die Mittel für 2017 selbstverständlich entsprechend aufgestockt werden.

Die Nachpflanzung von der Stadt gefällter Bäume wird zu Recht von den Bürgerinnen und Bürgern erwartet und muss immer möglich sein. Ggf. behalten wir uns einen entsprechenden Antrag zum Haushaltsplan 2017 vor.

Gez. Dr. Elke Flake
(Fraktionsvorsitzende)